

UNIVERSITÄTSZEITUNG

8

ORGAN DER SED-KREISLEITUNG



KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
15. 2. 1968
12. JAHRGANG
15 PFENNIG

Unser Bild zeigt Genossen Dr. Harry PAWULA, 1. Sekretär der SED-Kreisleitung (Mitte), bei einem Rundgang durch die Kinderklinik zusammen mit dem Direktor der Klinik, Genossen Prof. Dr. LIEBE (links), und Genossen Dr. RICHTER, Sekretär der Abteilungs-Parteiorganisation an der Kinderklinik. Genosse Pawula, der am Mittwoch der vergangenen Woche die Wahlversammlung der Parteigruppe Ärzte an der Klinik besuchte, hatte vorher die Gelegenheit zu einem Gespräch mit ihnen genutzt. Zum Ausgangspunkt und Hauptinhalt des Gesprächs machte Dr. Pawula die Forderungen Walter Ulbrichts nach Weltniveau auch in der wissenschaftlichen Forschung und nach rascher Überführung wissenschaftlicher Ergebnisse in die gesellschaftliche Praxis, hier also in die Praxis gesundheitlicher Betreuung. Im Gespräch wurde die Notwendigkeit entschiedener Konzentration auf Schwerpunktaufgaben deutlich.

Foto: HFBS (Vogel)



Brauner Terror sanktioniert

Studenten kämpfen mutig weiter

Mit der Bundestagsitzung am 9. Februar haben sich die führenden Bonner Politiker an die Spitze des Kesseltreibens gegen die demokratischen Kräfte in Westdeutschland und Westberlin, insbesondere gegen die oppositionellen Studenten, gestellt. Nachdem die Springer-Pressen in den Tagen zuvor in kaum noch zu überbietenden Drohungen und Hetzreden zu Gewaltaktionen gegen die außerparlamentarische Opposition aufgerufen hatte und nachdem mit Polizeiknüppel und Wasserwerfer in diesen Tagen in Bremen, Bonn, Freiburg, München und anderen Orten Demonstrationen von Studenten und Schülern zerstreut worden waren, ermunterten Kiesinger, Lübke und Barzel die Polizei zu noch brutalerem Vorgehen. Kiesingers Forderung, Demonstranten und Kritiker der Bonner Politik in Zukunft „ohne jede Verzögerung abzurufen“, war faktisch der Aufruf zur Einsetzung von Ständegerichten.

SP-Bürgermeister Schütz, Westberlin, hatte bereits zuvor gedroht, daß außer „rechtsstaatlichen Mitteln gegen Unruhen“ künftig auch „Selbstjustiz“ um sich greifen kann. Die Westberliner BZ kündigte in diesem Zusammenhang „heftige Gegenaktionen rechtsradikaler“ Kräfte an, und „Bild“ betonte: „Man darf nicht die ganze Drecksarbeit der Polizei und deren Wasserwerfern überlassen.“

Springers „Morgenspost“ ruft offen die Neonazis gegen die außerparlamentarische Opposition auf den Plan, indem sie feststellt, „man könne Hitler vieles vorwerfen, sicher, doch solche Krawalle hätte er bestimmt nicht zugelassen“.

Ungeachtet dieses massiven Druckes und der Formierung rechtsradikaler Terroristen setzen die demokratischen Studenten ihren Kampf gegen Sozialabbau, USA-Krieg in Vietnam und Refaschisierung, für eine demokratische Hochschulreform und Mißbestimmung fort.

● In München erhoben 600 Studenten, die einer Einladung des SDS zur Diskussion gegen das widerrechtliche KPD-Verbot gefolgt waren, die Forderung: Freiheit für Propaganda des Programmtextes der KPD! Freiheit für die KPD! Unter starkem Beifall der Studenten erklärte Richard Scheringer vom Initiationsausschuß zur Wiedergewinnung der KPD, das Verbot der Partei diene nur der Unterdrückung einer echten Alternativpolitik.

● Eine eindrucksvolle Demonstration von über 3000 Hamburger Studenten gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam verwandelte sich am Freitag in eine Anti-Springer-Demonstration. Vor dem Verlagsgebäude forderten große Sprechchöre die Entzignung Springers. Etwa 100 Studenten ließen sich zu einem Sitzstreik auf der Straße nieder, um die Auslieferung der ersten Sonnabend-Ausgaben zu verhindern.

● In Westberlin verurteilte das Studentenparlament der Technischen Universität die unter anderem gegen den SDS gerichteten Anträge der SP- und CDU-Fraktionen im Abgeordnetenhaus. Sie entsprächen einem „unerträglichen totalitären Geist“ mit dem Versuch, politisch unbedequate Meinungsäußerungen zu unterdrücken.

● Mit den Forderungen der Allgemeinen Studentenausschüsse in Baden-Württemberg nach Demokratisierung der Universitäten hat sich der Betriebsrat des Mannheimer Werkes der Dümmler-Benz-AG solidarisiert. „Die Betriebsräte unterstützen uns so sehr die Studenten“, heißt es in der Erklärung, „als ihre Forderungen Parallelen aufweisen zu dem Kampf um eine tatsächliche Mitbestimmung in den Betrieben“.

Verfassungsdiskussion - wie?

Was sollen wir tun, da wir das Wort haben, um zum Entwurf der sozialistischen Verfassung Stellung zu nehmen, da wir aufgefordert sind, diesen Entwurf auf Herz und Nieren zu prüfen und gegebenenfalls der Verfassungskommission Vorschläge zu unterbreiten? Geht es darum, ein juristisches Gutachten zu erteilen?

Die Aufforderung kann doch nur so verstanden werden, daß wir diesem Entwurf mit unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit, ihren Entwicklungstendenzen und Bedürfnissen konfrontieren. Dabei prüfen wir den Verfassungstext an Hand der Bilanz und der aktuellen Probleme unserer Entwicklung, und wir messen umgekehrt die Reife und den Fortschritt unseres gesellschaftlichen Lebens sowie unserer Tätigkeit an den Thesen des Verfassungsentwurfs.

In vielen Meinungsäußerungen von Universitätsangehörigen, die uns bisher erreichten, wird gerade dieser Aspekt sinnfällig zum Ausdruck gebracht. So wenn Dr. Apitzsch vom Institut für maschinelle Rechentechnik schreibt: „Die neue Verfassung wird die staatsrechtliche Grundlage für eine noch umfassendere Mitarbeit der Bürger sein. Das erfordert ein hohes Bildungsniveau aller Werktätigen. Für mich ziehe ich daraus die Schlußfolgerung, durch enge Verbindung mit der Praxis ... und durch Fachvorträge an der Volkshochschule, in Betrieben und Institutionen meinen bescheidenen Beitrag zu leisten.“

So versetzt uns die sozialistische Verfassung schon in die Lage, unsere Grundpositionen, Grundrichtungen und Grundhaltungen in der täglichen Arbeit und im gesamten Leben unserer sozialistischen Gemeinschaft zu überprüfen und entsprechend einzurichten. Es würde ihrem Inhalt tiefst widersprechen, wollten wir uns darauf beschränken, einzelne Artikel zu begutachten, zu interpretieren oder darüber zu meditieren. Denn der Hauptinhalt der Verfassung ist der bestmögliche Gebrauch der Staatsmacht durch die Werktätigen. Wir aber gebrauchen diese Macht, indem wir beispielsweise den Artikel 16, wonach die Wissenschaft eine wesentliche Grundlage der sozialistischen Gesellschaft ist, oder die Pflicht jedes Bürgers zur Verteidigung zu Maximen unseres Handelns machen.

Alle Potenzen für die Stärkung der DDR zu wecken ist auch Hauptziel der Parteivahlen. So ist es nur natürlich, daß die Verfassungsdiskussion in diesen Wochen im Mittelpunkt der ideologischen Arbeit der Partei steht. Sie ist geeignet, Ziel, Sinn und Normen der sozialistischen Gemeinschaft als harmonisches System sichtbar zu machen und erleichtert es jedem einzelnen, seinen Platz darin zu finden.

Günter Lippold
(Günter Lippold)

Wir schaffen die neue Verfassungswirklichkeit

Meinungen zum Verfassungsentwurf

Die Werktätigen tragen ihren eigenen Staat

Es ist im Entwurf (unserer sozialistischen Verfassung - die Bed.) nichts mehr zu spüren von jenem Aushandeln der Rechte, der „Freiheit“ des Bürgers gegenüber dem Staat, wie es die bürgerlichen Verfassungen kennzeichnen, die ja mit diesen Bestrebungen in der Epoche des antifeudalistischen Kampfes durchaus eine positive Funktion erfüllt haben.

Der sozialistische Staat ist der Staat aller Werktätigen. Sie tragen ihn, können von ihm nichts erwarten, was sie ihm nicht selbst geben. So konstatiert das „Gesetz der Gesetze“ im sozialistischen Gesellschaftssystem die Normen des Zusammenlebens, der Zusammenarbeit aller Werktätigen zum Wohle des Staates, und da es ihr ungenügend Staatsgebilde ist, leitendens auch wiederum zum Wohle jedes einzelnen Bürgers.

Damit aber jeder dazu befähigt wird, am Ganzen mitzuarbeiten, das Ganze dabei auch überschauen zu können, rückt die Bildung der Bürger in einem Maße in den Vordergrund, wie sie die Väter der bürgerlichen Verfassungen gar nicht in den Blick bekamen. Das Recht auf Bildung, eine der großen Errungenschaften unserer ersten Verfassung von 1949, ist zugleich eine Pflicht zur Bildung geworden. Der Artikel 16 hat eine zentrale Stellung im neuen Verfassungswerk. Es geht nicht um irgendeine zeitlos gültige Bildung, die es ohnehin nie gegeben hat. „Mit dem einheitlichen sozialistischen Bildungssystem sichert die Deutsche Demokratische Republik allen Bürgern eine den ständig steigenden gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechende hohe Bildung. Sie befähigt die Bürger, die sozialistische Gesellschaft zu gestalten und an der Entwicklung der sozialistischen Demokratie schöpferisch mitzuwirken.“ Die Rolle des Lehrers in der sozialistischen Menschengemeinschaft wird damit sehr hoch eingeschätzt. Unsere Aufgaben bei der Umsetzung der neuen Verfassung in

die Wirklichkeit sind deshalb sehr groß, aber auch sehr schön.

Als der Skandal der Telefonüberwachung in Westdeutschland vor einigen Jahren durch die Presse ging, war auch jenes Wort des damaligen Innenministers Höcherl bekanntgeworden, mit dem er sich vor seine „Verfassungsschützer“ stellen wollte: Man könnte nicht erwarten, daß sie ständig das Grundgesetz in der Tasche trügen. Wir können ihm heute versichern, daß dagegen wohl fast alle Bürger der DDR unseren Verfassungsentwurf bei sich haben, weil es ihnen ein Bedürfnis ist, mitzureden und mitzuhandeln bei der großen Volksgespräche. Die Studenten, die unsere künftigen sozialistischen Lehrer sein werden, üben dabei gewiß in vorderster Reihe.

Prof. Dr. R. Große, Prodekan der Philologischen Fakultät

Verwirklichung eines Schillerschen Traumes

Manchmal meditieren bürgerliche Kulturschaffende darüber, daß im „technischen Zeitalter“ die letzte Stunde der Künste schlage. In unserer Verfassung wird eindeutig die große Rolle der Wissenschaft, aber auch die große Rolle hervorgehoben, die eine humanistische Kunst im Leben der Bürger der sozialistischen Gesellschaft spielen wird.

Der große deutsche Dichter Friedrich Schiller nannte einmal den „Bau einer wahrhaften politischen Freiheit“ das kunstvollste aller Kunstwerke. Da er daran verzweifelte, es zu seiner Zeit zu schaffen, setzte er seine Hoffnung in eine humanistische Kunst, die - vorerst in kleinen Zirkeln - neue Menschen als Bürger einer solchen politischen Freiheit formen und so bürgerlich-demokratische Umwälzungen vorbereiten könne. Dieser humanistische Traum erwies sich als utopisch.

Unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei erheben sich die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern und alle anderen werktätigen

Schichten der DDR als fähig, gestützt auf die Arbeiter- und Bauernmacht und das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln, die Realität des sozialistischen Humanismus zu beweisen und den Bau einer wahrhaften politischen Freiheit im Schillerschen Sinne mit der Pflege und Förderung einer humanistischen Kultur zu verbinden, die vom Volk geschaffen wird und dazu beiträgt, alle produktiven Kräfte des Volkes zu entfalten.

Prof. Dr. Erhard John, Direktor des Instituts für Ästhetik und Kulturtheorie

Impulse für Kampf um den Ehrentitel

Während in Westdeutschland die hinter verschlossenen Türen und in geheimen Absprachen ausgearbeiteten Notstandsgesetze die Freiheit des Bundesbürgers, die sie ja so oft zu rühmen wissen, in diktatorischer Form gänzlich beschneiden, wird unsere Verfassung in breiter Diskussion von allen Schichten unserer Bevölkerung besprochen. Die sich hieraus ergebenden Anregungen werden dann in die endgültige Verfassung Eingang finden, die in wirklich demokratischer Weise den Willen des Volkes dokumentiert.

Die im Entwurf niedergelegten Gedanken sind alle von weittragender Bedeutung und bedürfen eines eingehenden Studiums von Seiten jedes Bürgers. Für mich persönlich war von besonderem Interesse, was im Abschnitt II, Artikel 37, über Ehe, Familie und Mutterschaft sowie im Artikel 16 über Wissenschaft und Forschung und im Artikel 31 über das Recht auf Bildung ausgesagt wird. Für unser Kollektiv der Ehe- und Sexualberatung, das sich um den Staatsrat bewirbt, wird die neue Verfassung eine besondere Verpflichtung sein, in unser Aufgabengebiet noch tiefer als bisher einzudringen und durch Anwendung der Gemeinschaftsarbeit die wissenschaftlichen Erkenntnisse schnell in die Praxis umzusetzen.

Prof. Dr. med. habil. Lykke Aresin, Oberärztin an der Frauenklinik